

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich am Sonntag und Montag zum einmaligen Preis von 30 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung für sechs Monate 1,80 M., für ein Jahr 3,00 M., für ein Jahr und sechs Monate 4,20 M. Im Vorauszahlung. Einzelhefte 10 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig.

Die schlagzeilige Hauptzeile über deren Name steht 5.- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4503, 4535, 4549, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Beamten und die USPD.

Von Obersekretär Claus, Schmargendorf

Obgleich durch die nicht abzuleugnende Verelendung der gesamten Beamtenschaft die Angehörigen dieser Berufsgruppe tief in das proletarische Dasein herabgedrückt sind, hält sich doch der weitaus größere Teil der proletarischen Bewegung noch immer fern.

Es ist erstaunlich und nicht zu verstehen, mit welcher Indolenz die Beamten, die vollkommen unterernährt und verelendet sind, ihrem wirtschaftlichen Untergang tatenlos entgegensehen. Mit einer wahren Lammsgebild erwarten sie von der Regierung und dem Reichstag die Besserung ihrer wirtschaftlichen Notlage. Jetzt hoffen sie wieder einmal, daß durch die vielleicht bald zum Abschluß kommende Besoldungsdurchreform ihre unhaltbare Notlage beseitigt oder gemildert wird. Was man jedoch bisher von dieser Reform gehört hat, kann zu dieser Annahme keinesfalls ermutigen. Für jeden Einseitigen steht jetzt schon unumstößlich fest, daß in diesem Stadium der Verelendung und bei den noch immer von Tag zu Tag steigenden Preisen für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens die durch die Reform in Aussicht gestellte geringe Erhöhung der Bezüge des einzelnen eine Besserung der wirtschaftlichen Lage nicht herbeiführen kann. Der rechtssozialistische Finanzminister Lüdemann erkennt zwar die trostlose Lage der Beamten restlos an, aber bei der katastrophalen Lage der Staatsfinanzen kann der Staat die neuen Forderungen angeblich nicht erfüllen. Seit Jahr und Tag hungert die Beamtenschaft in der Hoffnung, durch eine großzügig durchgeführte Besoldungsreform endlich in die Lage versetzt zu werden, die Wünsche ihrer hungernden Kinder stopfen zu können.

Diese Hoffnung ist wieder einmal gründlich zuschanden geworden, denn statt der erwarteten Bewilligung der Mittel für die anerkannt berechtigten Forderungen der Beamten werden sie, wie so oft, auf bessere Zeiten vertröstet. Wie lange wird sich die Beamtenschaft diese Verhöhnung noch bieten lassen? Nach all diesen überaus traurigen Erfahrungen müßten sie doch endlich zu der Einsicht kommen, daß eine dem Kapitalismus dienende Regierung nicht instande und anscheinend auch nicht gewillt ist, die Lebensbedingungen ihrer im tiefsten Elend bedrückten Beamten einigermaßen erträglich zu gestalten.

Sie müssen endlich verstehen lernen, daß ihre Verelendung einzig und allein die Frucht der kapitalistischen Gesellschaft ist, und daß sie von einer Regierung, die die Interessen dieser Gesellschaftsordnung vertritt, Hilfe nicht erwarten können. Hilfe kann ihnen nur werden, wenn sie sich selbst helfen, und das können sie, wenn sie sich an die Seite des revolutionären Proletariats stellen und gemeinsam mit ihm den Kampf gegen die bis ins innerste Mark verrotzte kapitalistische Gesellschaft bis zum siegreichen Ende durchführen.

Tatsache ist, daß viele Beamte sich bereits von der bürgerlichen Ideologie haben frei machen können, und daß diese sich gern den Klassenbewußten Arbeitern anschließen würden, um Hand in Hand mit ihnen für die Verbesserung ihrer elenden Lage und für den Sieg des Sozialismus in Deutschland zu kämpfen. Rein äußerliche, nichtsagende Dinge halten sie jedoch noch immer den sozialistischen politischen Organisationen fern.

Da ist zunächst die Verächtlichmachung und das Gespött der lieben Kollegen. Ein wahrer revolutionärer Sozialist wird für diese Unglücklichen, die vielleicht beim besten Willen nicht aus ihrer bürgerlichen Haut herauskönnen, grenzenloses Mitleid haben, denn all diese müssen, da die Entwicklung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet mit uns ist, einmal denselben Weg gehen, den wir gegangen sind, und einreten in die Reihen der U. S. P. D. Wir werden ihrer dann aber nicht spotten, vielmehr ihnen helfen und sie fördern, damit sie, gleich uns, vom sozialistischen Geist durchdrungen, nützliche Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft werden. Ein kleinerer Teil dieser sozialistisch denkenden und innerlich schon längst zu uns gehörenden Beamten fürchtet sich noch immer — das muß nun einmal offen gesagt werden — vor dem gemeinsamen „an den Tisch setzen“ mit den Handarbeitern. Diese beurteilen den Arbeiter nach den bei Demonstrationen, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen nie schenkenden Redaubelnden. Das ist ein Vorurteil, denn diese Redaubelnden sind unangenehme Mitarbeiter, wie sie bei Veranstaltungen aller Parteien zu finden sind. Der deutsche Arbeiter ist in seinem Kern ein ruhiger, verständiger, besonnener und gutmütiger Mensch. Bei der gemeinsamen Arbeit innerhalb der Organisationen habe ich mit Freude ungezählte Male erfahren, mit wieviel Verständnis und Takt er die Gegensätze zu überbrücken versteht, die sich aus der verschiedenen Art der Arbeit und dem eingebildeten Vorurteil der Kopfarbeiter gegenüber den Handarbeitern ergeben.

Wenn sich die Kopfarbeiter erst einmal zur gemeinsamen Arbeit an einen Tisch mit den Handarbeitern zusammen-

Der beleidigte Hochverräter

1000 Mark für seine Ehre!

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts III fand gestern gegen den Genossen Wilepp ein Termin wegen Beleidigung des früheren Oberkommandierenden des Reichswehrgruppenkommandos I, General Lüttwitz, statt. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

In Nr. 540 von 7. November 1919 brachten wir einen Artikel „Die starke Faust“, der ein Geheimdokument des Reichswehrgruppenkommandos vom 6. November 1919, gezeichnet von Lüttwitz, enthielt. Es handelte sich um einen Befehl, in dem die damalige politische Lage geschildert wird und im Anschluß daran Anweisungen für die Technische Rottfische und für die Zeitfreiwilligen-Kompagnien gegeben werden. Lüttwitz ließ diesen Befehl dementieren. Der von uns veröffentlichte Befehl sei eine glatte Fälschung. Wir gaben dieses Dementi wieder, knüpften aber, da der Originalbefehl in unseren Händen war, die Bemerkung daran, daß selbst ein so großer Frechheit gelogen worden sei, wie in diesem Fall.

Diese Bemerkung trug dem Genossen Wilepp Anklage wegen Beleidigung des Oberbefehlshabers von Lüttwitz ein. Am 6. Juni ist bereits in dieser Angelegenheit verhandelt worden. Die Beleidigung stellte damals den Antrag, General von Lüttwitz als Zeugen zu vernehmen. Diesem Antrag gab das Gericht statt, und die Verhandlung wurde vertagt.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung stellte der Verteidiger, Genosse Dr. Bönheim die Frage, ob General von Lüttwitz als Zeuge zur Stelle ist. Nach einigem Blättern in den Akten erklärte der Vorsitzende, daß der Inhalt des Zeugen nicht zu ermitteln sei und er aus diesem Grunde nicht geladen werden konnte.

Als Zeugen wurden zuerst Leutnant Gerkenberg, Leutnant Peterzen (der damals 22jährige Presschef des Reichswehrgruppenkommandos) und Hauptmann Liebahn vernommen. Sie behaupteten übereinstimmend, daß Lüttwitz den in der „Freiheit“ veröffentlichten Befehl nicht erlassen habe. Demgegenüber befandete Genosse Dr. Herz, daß er den Befehl von zwei Offizieren des Reichswehrgruppenkommandos I persönlich in Empfang genommen habe. Form und Inhalt des Dokuments sowie Unterschrift und Dienststempel seien auf ihre Echtheit geprüft und als völlig einwandfrei befunden worden. Das Dokument selbst habe der Zeuge in seinem Schreibtisch in der Redaktion aufbewahrt, wo es dann anlässlich der Belegung der „Freiheit“-räume durch Rittmeister im Januar dieses Jahres abhanden gekommen ist.

Wie Lüttwitz die Wahrheit drangsalierete

Zeuge Genosse Rabold erklärte auf Befragen, daß die Redaktion das Schriftstück vor der Veröffentlichung geprüft und für echt befunden habe. Die Redaktion habe eine ganze Anzahl ähnlicher Originaldokumente in Händen gehabt oder veröffentlicht, die dieselben Redewendungen und Gedanken enthielten. Lüttwitz habe die Echtheit dieser Befehle nicht abgestritten. Die Redaktion stehe auch auf dem Standpunkt, daß Beleidigungen von militärischer Seite keine große Bedeutung haben, denn die Redaktion habe auf diesem Gebiete große Erfahrungen gesammelt. Gerade das Reichswehrgruppenkommando I (Lüttwitz) habe wiederholt wesentlich falsche Tatsachen verbreitet. Die Ermordung der 29 Matrosen in der Französischen Straße wurde von der Nachrichtenstelle des Reichswehrgruppenkommandos so dargestellt, als ob sich die erschlagenen Matrosen mit der Waffe in der Hand ihrer Verhaftung widersetzt hätten. Der Raub-Prozess hat gerichtsnotorisch das Gegenteil bewiesen. Im März 1919 brachte die „Freiheit“ einen Befehl von Lüttwitz, der als Ergänzungsbefehl zu dem Standrechtserlass Koslos diente. Lüttwitz tritt die Echtheit dieses Befehls in einer Vernehmung ab. Im Raub-Prozess sagte der Angeklagte aus, daß er gerade auf Grund dieses Befehls die Erschießung der Matrosen vorgenommen habe und das Gericht las diesen Befehl vor, der wörtlich mit dem übereinstimmte, den die „Freiheit“ veröffentlicht hatte und der von Lüttwitz als eine Fälschung bezeichnet worden war.

Weiter wurde vom Gruppenkommando im März 1919 die Behauptung verbreitet, daß spartanische Flieger Bomben über Berlin abgeworfen hätten. Auch diese Meldungen waren gatt erfunden. Nicht spartanische Flieger hatten die Bomben über Berlin abgeworfen, sondern Flieger des Reichswehrgruppenkom-

mandos I. Weiter wurde von der Nachrichtenabteilung des Reichswehrgruppenkommandos I die Fügungsnachricht von der Ermordung der 12 Lichterberger Polizeibeamten verbreitet, lediglich zu dem Zweck, den verschärften Belagerungsstand und Standrecht verhängen zu können. Als weiteres Beispiel führte Genosse Rabold an, daß die „Freiheit“ im März 1919 die Meldung gebracht habe, daß im Osten Berlins von Detachement D von Durchstreifungen und andere Maßnahmen vorgenommen worden sind. Wie uns später von einem Offizier des Reichswehrgruppenkommandos I mitgeteilt wurde, wurde diese Tatsache in einer Offiziersbesprechung als wahr anerkannt, dennoch aber die übliche Berichtigung an die Presse versandt, um nach außen die Ehre des Kommandos zu wahren.

Nach Beendigung der Zeugenvernehmung stellte Genosse Dr. Bönheim mehrere Beweisanträge. Unter anderem beantragt er die Ladung von Koslos und Lüttwitz, die die gemachten Angaben bekräftigen sollen. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Der Staatsanwalt Dr. Gerlach ging in seinem Plaidoyer davon aus, daß die „Freiheit“-Redaktion mit dem Dokument getäuscht wurde. Durch die Aussagen der Offiziere wäre bewiesen, daß der Befehl tatsächlich nicht ergangen sein kann. Es liege eine große Ehrenkränkung des Oberbefehlshabers von Lüttwitz und seiner Offiziere vor. Er beantrage aus diesem Grunde eine Geldstrafe von 300 Mark.

Dr. Bönheim hob zu Beginn seines Plaidoyers hervor, daß er die Ansicht vertritt, daß Anklage nur aus formalen Gründen erhoben worden sei. Er habe selbstverständlich angenommen, daß in der Hauptverhandlung der Staatsanwalt selbst Freisprechung beantragen würde, da sich inzwischen doch herausgestellt habe, daß die „Freiheit“ mit ihren fortgesetzten Warnungen vor Lüttwitz durchaus Recht behalten habe. Jetzt, nach dem Rapp-Bußsch, müßten wir ersehen, daß der strafrechtlich verfolgte Hochverräter Lüttwitz durch den Staatsanwalt geschützt wird. R. A. Bönheim geht dann auf die einzelnen in der Beweisaufnahme festgestellten Tatsachen ein. Die „Freiheit“ wäre nach alledem, was sich abgepielt hatte (Erschießung der Matrosen, Lichterberger usw.), geradezu verpflichtet gewesen, die Öffentlichkeit über alle dunklen Pläne der Militärs aufzuklären. Man könne auch von einem Blatt nicht verlangen, daß es so naive sei, alle Berichtigungen von einer Behörde für bare Münze anzunehmen. Zur juristischen Seite des Prozesses müsse gesagt werden, daß der Angeklagte Wilepp glaubwürdig verweigert hat, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die anderen Offiziere zu beleidigen, sondern daß er nur Lüttwitz angreifen wollte. Wenn er heute wegen Beleidigung des Hochverraters von Lüttwitz von dem Gericht verurteilt würde, so wäre das geradezu grotesk. Er beantrage deshalb die Freisprechung.

Der Staatsanwalt erwidert, daß die Verurteilung ja nicht wegen Beleidigung des Herrn von Lüttwitz, sondern wegen Beleidigung von Dildershausen erfolgen sollte. R. A. Bönheim stellt demgegenüber fest, daß die Anklageschrift ausdrücklich besagt, daß der Artikel in Nr. 542 „eine Beleidigung des Oberbefehlshabers selbst und der bei Abfassung der Verächtlichmachung beteiligten Offiziere“ enthalte. Nach dem Rapp-Bußsch sei also nicht mehr Lüttwitz, sondern die Offiziere seiner Umgebung die Beleidigten. Dazu schweigt der Staatsanwalt.

Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil. Die Verurteilung müsse nach § 185 St.G.B. (formale Beleidigung) und 186 (Able Nachrede) erfolgen. Von einer Gefängnisstrafe habe das Gericht abgesehen, jedoch gehe das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und habe eine Geldstrafe von 1000 Mark für angemessen erachtet. Wenn Herr Lüttwitz auch schwerer Vergehen beschuldigt sei, so müsse dieser doch durch das Gericht vor Beleidigungen, wie die vorliegende, geschützt werden.

Das Gericht hat also die Ehre des Hochverraters Lüttwitz um 700 M. höher eingeschätzt, als der Staatsanwalt. Das ist sehr interessant. Hübsch ist es auch, daß nicht Lüttwitz auf der Anklagebank saß, um sich wegen seiner Verbrechen zu verantworten, sondern ein Redakteur, der ihn beleidigt haben sollte. Ein republikanisches Gericht müßte uns eigentlich dankbar dafür sein, daß wir die Öffentlichkeit dauernd vor den Fälschungen des Herrn Lüttwitz warnen. Die Strafkammer des Landgerichts III war anderer Ansicht. Wir kommen auf das Urteil noch zurück.

finden, werden sie erstaunen über die Unsumme von Urteilskraft, Auffassungsfähigkeit, logischem Denken und Lebenserfahrung, die in unserer deutschen Arbeiterschaft vorhanden ist.

Dann noch eins. Die Arbeiter stehen dem Beamten durchaus nicht feindlich gegenüber. Diese Annahme vieler Beamten ist ebenfalls ein großer Irrtum. Der Kampf der Arbeiter richtet sich nicht gegen die Beamten als Klasse, sondern gegen den dreimal verfluchten Bürokratismus und gegen das System. Im Klassenkampf sind selbstverständlich Gegner des Klassenbewußten Proletariats, ganz gleich, ob es Beamte, Arbeiter oder Angestellte sind, alle, die nicht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus und dem Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes stehen. Was die Stellung der Arbeiterschaft gegenüber den Beamten anlangt, glaube ich eher, daß die bürgerlich denkenden Beamten den proletarischen Arbeitern feindlich gesinnt sind, und zwar

gerade aus ihrem lächerlichen Standesdüffel heraus.

Die Arbeiter sind viel einsichtsvoller als diese Art von Beamten. Im Gegensatz zu ihnen glaubt der größte Teil der Beamten heute immer noch ohne den Beistand der Handarbeiter seiner eigenen Verelendung Einhalt gebieten zu können. Die verständigen Handarbeiter dagegen haben seit langem erkannt, daß auch die Kopfarbeiter an dem Aufbau des sozialistischen Staates mitwirken müssen.

Daher Beamte: Macht Euch frei von den bürgerlichen Anschauungen, frei von den Vorurteilen einer Gesellschaftsgruppe, der Ihr mit Rücksicht auf Eure Lebenshaltung tatsächlich gar nicht angehört. Kommt zu uns, beteiligt Euch an dem schweren erbitterten Kampf für den Sozialismus und tretet mit Eurer ganzen Kraft ein für die Erreichung des Zieles, dem der jahrzehntelange Kampf gegolten hat, der Erreichung von Lebensbedingungen, die uns ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten!

Die kapitalistische Internationale

Der Patriotismus des Zehnkapitals

Während der Verhandlungen in Spaa haben wir darauf hingewiesen, daß Hugo Stinnes als Hauptwortführer der deutschen Schwerindustrie eine Haltung einnahm, die offensichtlich darauf hinauslief, die Befehung des Ruhrreviers durch die Franzosen zu propagieren, um dann, geführt auf die französische Bajonnette, die Kontrolle der gesamten Kohlenproduktion zu erlangen und die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu hintertreiben. Diese Anklage, die bisher von der Stinnes-Presse auch nicht im geringsten entkräftet werden konnte, findet nun ihre Bestätigung in den Berichten des Sonderberichterstatters des Pariser linksrepublikanischen Blattes „Deuvre“, Stephan Valot, der gemeinsam mit dem französischen Gewerkschaftsdelegierten Jouhaux und Merheim kürzlich das Ruhrrevier bereist hat und nun seine Eindrücke in einer Reihe von Aufsätzen schildert. Da Valot in führenden Bergarbeiterkreisen des Ruhrreviers gehört hatte, daß Dr. Walter Rathenau in der entscheidenden Sitzung der deutschen Delegierten in Spaa Herrn Stinnes ins Gesicht gesagt habe, daß er die Befehung des Ruhrreviers durch die Franzosen anstrebe, begab er sich zu Herrn Rathenau, um die Richtigkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Rathenau antwortete zwar etwas diplomatisch, doch ohne dieser Schilderung irgendwie entgegenzusetzen, er habe Herrn Stinnes nicht sagen wollen, daß er ein schlechter Deutscher sei, sondern nur, daß es eben in Westdeutschland Industrielle gäbe, denen eine militärische Befehung als eine nicht ungünstige Zukunftsperspektive erscheine.

Die Artikel Valots im „Deuvre“ haben in französischen Gewerkschaftskreisen Aufsehen erregt, und in dem Organ der Gewerkschaftszentrale „Bataille“ brandmarkt der Gewerkschaftsführer Marcel Laurent das abgefartete Spiel zwischen den deutschen und den französischen Schwerindustriellen auf Kosten des internationalen Proletariats. Es ist recht erhellend, daß die französischen Genossen diesen Treibereien der deutschen und französischen Schwerindustriellen größere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Das propagierende Auftreten von Stinnes in Spaa ist keineswegs eine Einzelerscheinung, sondern lediglich ein Glied in der Kette jener Maßnahmen, die das erstarke Großkapital unternimmt, um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu hintertreiben und seine Alleinherrschaft über die deutsche Arbeiterklasse aufzurichten. Beständiger Kampf gegen diese Treibereien ist deshalb das Gebot der Stunde, sowohl in Deutschland wie in Frankreich.

Wandlungen in der Politik Frankreichs

Der „Clemenceausche Stacheldraht“ durchbrochen

Paris, 25. November.

Ministerpräsident Lengues erschien gestern vor dem Kammerauschuss für Auswärtige Angelegenheiten und erklärte dort, daß Deutschland das Abkommen von Spaa ausführe und daß die Wollensabstimmungen sich verwickelt hätten. Die Prämie in Gold, die zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter dienen sollte, habe dieser Bestimmung nicht zugeführt werden können.

Lengues erklärte ferner, daß er den bisherigen Standpunkt gegenüber Rußland weiter aufrecht erhalte. Er halte aber wirtschaftliche Beziehungen von Person zu Person für angebracht. Weiterhin erklärte er, er sei ein Gegner der Blockade Rußlands, die er als gefährlich und wirkungslos betrachtete.

Die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten über Rußland klingt nicht mehr so kategorisch ablehnend wie die Clemenceausen seiner Vorgänger Millerand und besonders Clemenceaus. Es dringt auch hier der zuerst von England ausgesprochene Gedanke durch, daß es doch vorteilhafter ist, die veränderten Verhältnisse anzuerkennen und mit Rußland Geschäfte zu machen. Die französische Bourgeoisie hat jedenfalls nicht unbegründete Angst, zu ihren an das Zarenregime verlorenen Milliarden noch einige im aussichtslosen Kampfe gegen das bolschewistische Regime zu opfern.

Das Brüsseler Blatt „Libre Belgique“ berichtet, daß Lord George an alle Alliierten ein Memorandum geschickt habe, in dem er die Stellungnahme, die die englische Regierung gegenüber Rußland zu befolgen gedenkt, darlegt und die Alliierten auffordert, auch ihrerseits ihren Standpunkt in der russischen Frage bekanntzugeben. Wie das Brüsseler Blatt hierzu bemerkt, hat sich die neue belgische Regierung bereits mit der Frage befaßt und den Minister Raspars beauftragt, die Ansicht des belgischen Kabinetts in London bekanntzugeben. Auch die in London stattfindende Konferenz von Lengues, Lord George und Giolitti wird sich mit der Frage der russischen Handelsbeziehungen beschäftigen.

England, Italien und nun auch Frankreich sind geneigt, mit Rußland Geschäfte zu machen. Und Deutschland? Was Deutschland zu tun gedenkt, wird man ja wohl bei der Besprechung unserer Interpellation im Reichstage erfahren. Wir haben keine große Hoffnung, daß die deutsche Regierung aus ihrer ängstlich abwartenden Haltung endlich zu energischen Taten übergehen wird.

Unangebrachte Zensur

Nach einer Meldung der amtlichen französischen Telegraphenagentur hat der französische Ministerpräsident vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten Erklärungen über die Reise des Reichskanzlers Fehrenbach und des Außenministers Simons in die besetzten Rheinlande abgegeben. Beide Minister hätten dort heftige Reden gehalten. Der französische Oberkommissar habe die alliierten Regierungen von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt und es seien äußerlich nachdrückliche Vorstellungen in Berlin erhoben worden. Wenn sich ähnliche Zwischenfälle wiederholen sollten, würden die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um derartige Auslassungen für die Zukunft zu verhindern.

Wenn es zutrifft, daß der Reden wegen in Berlin „äußerst nachdrückliche Vorstellungen“ erhoben worden sind, so ist damit auch erklärt, warum der Minister Simons am Mittwoch im Reichstag zu der vom Genossen Breitscheid an seinen Düsseldorf-Ausführungen geübten Kritik geschwiegen hat.

Die Bemerkung, daß in Zukunft derartige Auslassungen verhindert werden sollten, ist wohl als die Androhung eines Verbots von Reden deutscher Minister im besetzten Gebiet aufzufassen. Eine solche Maßregel aber wäre nach unserer Meinung im höchsten Grade unangebracht, ganz abgesehen davon, daß die Wirkung dieselbe bleibt, ob Reden wie die

hier in Frage stehenden in den besetzten Rheinlanden oder in anderen Teilen Deutschlands gehalten werden. Die Alliierten täten gut daran, die Zensur an dem Luftreifen deutscher Minister dem deutschen Parlament zu überlassen.

Der Krieg in Irland

London, 25. November.

In der gestrigen Unterhausdebatte über Irland erklärte Greenwood noch, es seien Komplotte entdeckt worden, die die Ermordung von Ministern in England bezweckten. Die Mörder in Irland würden für ihre Verbrechen bezahlt; es sei ein bestimmter Preis auf den Kopf gesetzt. Er werde jeden Tag gedrängt, das Parlament um Annahme eines Gesetzes zu ersuchen, nach dem die Polizei und das Militär berechtigt sein würden, jedermann, der mit Waffen in der Hand angetroffen wird, zu erschließen oder zu verhaften. Er wolle dies jedoch solange wie möglich vermeiden.

Im Oberhaus hielt Grey eine Rede über die irische Frage. Grey drang auf die Annahme seiner Vorschläge über die Gewährung von Dominions-Homereule für Irland.

Der russische Heeresbericht

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Stockholm, 24. November.

Der Frontbericht des Generalstabes der Roten Armee lautet: Im Rostowgebiet besetzten unsere Truppen 50 Werst westlich Rostow neuere Stellungen. Auf dem linken Ufer des Bihids besetzten wir die Stadt Cholniki. Die von Palachowitsch geleiteten Hauptkräfte sind auf dem linken Ufer des Bihids umzingelt; ihre Vernichtung wird vorbereitet.

Die Christen-Parade

Gegen den Sozialismus — für die Technische Nothilfe

Der auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften eingebrachte Antrag über die Technische Nothilfe, den wir bereits in unserem Artikel „Der Aufmarsch der Christen“ in der Morgenausgabe vom Donnerstag erwähnten, ist in den späteren Beratungen des Kongresses gegen die Stimmen der Eisenbahner angenommen worden. Unsere Vermutung, daß der Kongreß von vorübergehenden Parteisympathien für diesen Antrag hätte, bestätigt sich somit. Die Entschließung über die Technische Nothilfe fordert deren zweckmäßigen Ausbau unter reichsbehördlicher Leitung und lehnt die Verantwortung der Gewerkschaften für die Fortführung der Kostensarbeiten bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben ab. Die Annahme dieser Befürwortung der Organisation von Streikbrechertrupps durch die Staatsgewalt wirft ein Schlaglicht auf die Richtung der christlichen Bewegung, wie auf die Tendenz jener politischen Partei, die sich anscheinend auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu bilden beginnt.

Daß diese Tendenz scharf gegen den Sozialismus gerichtet ist, wie nach der Rede Stegerwalds schon zu erkennen war, wird bestätigt durch eine große Rede des Dr. Th. Brauer über „Christentum und Sozialismus“. Nach allgemeinen Betrachtungen kam der Redner zu dem Ergebnis, daß zwischen Christentum und Sozialismus die tiefste Kluft bestehe. Es sei eine große Selbsttäuschung, wenn einige vereinzelte Leute im eigenen Lager an Möglichkeiten der Annäherung zwischen Christentum und wissenschaftlichem Sozialismus dächten. Das Christentum sei seinem Wesen nach Loslösung vom Materialismus und es beste das Lösungswort: Selig sind die Armen im Geiste! Dann sagte Brauer:

Der Rücktritt Wermuths vor den Stadtverordneten

Vor Eintritt in den geschäftlichen Teil der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung gab der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Dr. Wenl, das Schreiben des Oberbürgermeisters Wermuth an den Magistrat bekannt, in dem er seine Pensionierung mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand beantragt. Der Magistrat hat nach einem ebenfalls vorliegendem Schreiben in seiner Sitzung am 25. November von diesem Gesuch Kenntnis genommen und es genehmigt.

Zum Rücktritt des Oberbürgermeisters führte dann Genosse Dr. Wenl aus: Die Anforderungen der politischen Presse stehen ja erkennen, daß die großen sachlichen Fähigkeiten des Oberbürgermeisters überall Anerkennung gefunden haben. Es sei deshalb anzunehmen, daß alle Mitglieder des Stadtparlamentes es auf das lebhafteste bedauern würden, daß dieser ausgezeichnete Mann, gerade im letzten Augenblick seinen Posten verlassen würde. Die Verdienste Wermuths müßten ja auch von seinen Gegnern anerkannt werden, denn sie seien so offensichtlich. Während 8 1/2 Jahren habe er seine ganze Kraft der Berliner Kommune gewidmet. Er war der erste, der auf die Notwendigkeit der Schaffung der Brotkarte hingewiesen habe. Er habe auch immer ein besonderes seines Verständnis gehabtes für die Not der kleinen Leute. Das würden ihm die Arbeiter aller Richtungen danken. (Beifall.) Möge dem Scheidenden Oberbürgermeister ein ruhiger und behaglicher Lebensabend beschieden sein. (Beifall.) Die Herr Wermuth würde mit ehernen Letzten in der Geschichte der Berliner Kommune eingetragenen werden. (Lebhafter Beifall.)

Heimann (S. P. D.) schloß sich den Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers an, doch würden er und seine Freunde alles versuchen, Wermuth zu bewegen, wenigstens für die Übergangszeit auf dem Posten zu verbleiben. (Beifall.)

Für unsere Parteigenossen gab Genosse Leid folgende Erklärung ab: Auch wir von der U. S. P. D. hoffen, daß es noch möglich sein wird, den Oberbürgermeister der Gemeinde zu erhalten, wenigstens so lange, bis die größten Schwierigkeiten der Übergangszeit überwunden sind.

Auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit im Dienste der Gemeinde müssen wir feststellen, daß keiner seiner Vorgänger es so verstanden hat, wie er, die Räte der breiten Masse mitzuempfinden. Alles, was in seiner Kraft hand, hat er getan, um diese Räte zu mildern. Gerade durch seine Wirksamkeit und durch sein Eintreten zur Milderung der Not der breiten Masse, hat er sich den Räten der anderen Parteien. (Lebhafter Beifall.) Das offen aussprechen, halte ich für eine Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Jetzt erklärte Wermuth, daß sein Gesundheitszustand es ihm nicht mehr gestatte, auf seinem Posten zu verbleiben. Gründe politischer Natur sind aber auch vorhanden. Jetzt ist nicht die Zeit vorhanden, auf Einzelheiten einzugehen.

Alles in allem glauben wir, aussprechen zu müssen, daß gerade die Kraft, Energie und Sachkenntnis eines Wermuth beim Aufbau des neuen Groß-Berlin schwer vermisst werden wird. Wir haben deshalb doch noch die Hoffnung, daß es möglich sein wird, Wermuth noch eine Zeit lang zu halten, im Interesse Groß-Berlins. (Lebhafter Beifall.)

„Die Klarheit des grundsätzlichen Kampfes darf deswegen nicht durch unglückliche Formulierungen verwischt werden, wozu besonders das Schlagwort vom „christlichen Sozialismus“ gehört. Die Gemeinwirtschaft auf christlicher Grundlage, die wir erstreben, ist etwas ganz anderes, als die ökonomischen Ziele des Sozialismus. Der Kern dieser christlichen Gemeinwirtschaft ist elterne, voraussetzungslose Pflichterfüllung.“

Das Kölner Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, schreibt, es sei eine feierliche Kundgebung des Kongresses für den Geist der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewesen, als die Teilnehmer dem Redner laut zuschrien. Die Reden Brauers und Stegerwalds sollen zur Massenverbreitung im Druck erscheinen. Das Zentrumsblatt erklärt Brauers Rede für eine „inhaltsreiche geistvolle Programmrede“. Eine Diskussion über Brauers Vortrag unterließ, was ein Zeichen ist für die straffe Geschlossenheit der von den kirchlichen Demagogen gegängelten christlichen Arbeiterbewegung gegen den Sozialismus. Was alle unsere Warnungen vor einer allzu freundschaftlichen Haltung gegenüber dieser Richtung rechtfertigt und wiederum unsere Auffassung bestätigt, daß in der starken Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung und in ihrem Entfaltungsdrang, der in dem Bestreben nach Gründung einer eigenen Partei zum Ausdruck kommt, eine Gefahr für die Kämpfe um die Sozialisierung liegt. Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, bleibt immer wieder die, daß dieser Erscheinung ein strafferes Zusammenhalten der sozialistischen Bewegung auf dem Boden des Klassenkampfes entgegengesetzt werden muß.

Die bewaffnete Reaktion

Nach Mitteilungen des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das endgültige Ergebnis des ersten Teiles der Entwaffnungsfaktion folgendes: Freiwillig abgeliefert, angekauft, beschlagnahmt sowie von Organisationen und Fabriken angemeldet sind: 925 Geschütze, Minenwerfer, Flammenwerfer, 17 597 Maschinengewehre, 1678 Maschinengewehrteile, 2103 41 Gewehre und Karabiner, 76 816 Revolver und Pistolen, 89 941 Handgranaten, 3 453 Geschützteile, 245 272 Maschinengewehrteile, 296 882 Gewehrteile, 45 781 151 Stück Handfeuerwaffenmunition. Die Einziehung der Maschinengewehre (8404 Stück) und der Gewehre (801 653 Stück) von den Organisationen und Fabriken ist im Gange. Durchsuchungen und Untersuchungen werden nunmehr überall dort stattfinden, wo das Ablieferungsergebnis ungenügend gewesen ist.

In dieser Erklärung wird abschließend alles durchsichtiger gemacht, um zu verweisen, wieviel Waffen die Organe in ihren Besitz hat. Wesentlich ist nunmehr, daß die angemeldeten Waffen auch tatsächlich eingezogen und vernichtet werden. Denn bisher haben die Reaktionskräfte noch keine einzige Patrone abgeliefert, und es ist selbstverständlich, daß von ihnen nur die Lager angemeldet worden sind, die sich nicht länger verheimlichen ließen. Daß die Reaktion neben diesen angemeldeten Waffenslagern noch über andere verfügt, die sie nicht angeben wird, weiß die Waffenbehörde werden für den kommenden Schlag, braucht wohl kaum festgesetzt zu werden. Die angekündigten Durchsuchungen des Entwaffnungskommissars können die Reaktionskräfte nicht abhalten. Ihre Verbindungen mit den Spitzen der Behörden sind so gut, daß sie vor einer ernsthaften Strafverfolgung geschützt sind.

Die Reichstagswahlen in Ostpreußen. In einer Besprechung der Regierungsoffiziere mit Vertretern der Reichstagsfraktionen wurden die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein auf den 20. Februar 1921 festgelegt. Die bereits am 6. Juni 1920 erstellten Wahlvorschlüsse für Ostpreußen und Schleswig-Holstein können beibehalten werden, die Parteien können aber auch Änderungsvorschläge an den Reichswahlleiter Berlin W 10, Rühmstr. 8 bis spätestens 4. Februar 1921 einreichen.

Anschließend versuchte der Fraktionsvorsitzende der Neukommunisten Dörre die Schanzepolitik und Verantwortungslosigkeit seines Genossen zu rechtfertigen.

Dore (Demokrat) schloß sich im allgemeinen den Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers an und streifte dabei die angeblich sachlichen Momente, die ihn und seine Freunde von Wermuth trennt hätten.

In der weiteren Aussprache griff u. a. Adolph Hoffmann wiederholt in die Debatte ein und versuchte auf seine Weise — zur Freude der Rechten — die Haltung der Neukommunisten zu rechtfertigen.

Nachdem dann Schwarz (D. V.) zum Stadtverordneten-Stellvertreter gewählt worden war, wurde nach Erledigung einiger verwaltungstechnischer Fragen in die Fortsetzung der Beratung der Anträge über den

Streik der jüdischen Elektrizitätsarbeiter eingetreten.

Den Reigen eröffnete der Volksparteiler Hallensleben mit scharfen Angriffen auf die Elektrizitätsarbeiter. Er forderte die Einziehung eines Untersuchungsaußschusses.

Einen Antrag der Neukommunisten vertrat Leopold. Seine Fraktion fordere eine bessere Bezahlung aller Gemeindegewerkschaften und lehne eine Bevorzugung einzelner Gruppen ab. Angriffe gegen unsere Genossen dürften natürlich in den Ausführungen des neukommunistischen Fraktionsredners nicht fehlen. Leopold sprach dem kommissarischen Magistrat sein schärfstes Mißtrauen aus.

Genosse Ulrich wies darauf hin, daß der bekannte Regierungserlaß den Streik der Elektrizitätsarbeiter zu einem Kampfe der gesamten Arbeiterschaft gestaltet habe, weil das Koalitionsrecht bedroht worden sei. Maßnahmen dürften unter keinen Umständen stattfinden. Die U. S. P. werde sich dafür einsetzen, daß jeder Arbeiter an seinen Platz zurückkehre. Wenn jetzt gesagt werde, daß keine Gelder zur Verfügung seien, dann müsse darauf hingewiesen werden, daß während des Krieges nie gestraft worden wäre, woher die Gelder kämen.

Nachdem noch einige Bürgerliche und Vertreter der S. P. D. zu dem Punkte sich geäußert hatten, wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

In Anbetracht der arbeitserfindlichen Anträge der Bürgerlichen, beantragte Genosse Leid als Protokoll-Übergang zur Tagesordnung über sämtliche bürgerlichen Anträge.

Dieser Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen. Außerdem wurde — ebenfalls nahezu einstimmig — einem Antrag zugestimmt, nach dem keine Maßnahmen gegen die Elektrizitätsarbeiter stattfinden dürfen.

Genosse Zimmermann teilte in einer persönlichen Bemerkung zu den Angriffen des Neukommunisten Leopold mit, daß dieser in den Vorparlamenten sich über einzelne jüdische Arbeiterkategorien in einer Weise geäußert habe, die beim Bekanntwerden größte Empörung unter den jüdischen Arbeitern auslösen würde.

Autonomie für Oberschlesien

Weiter im alten Gleise

Der Reichstag hat gestern den Gesetzentwurf angenommen, der für den Fall, daß Oberschlesien bei der Abkündigung der Provinz die Autonomie mit eigenem Landesparlament und eigener Regierung zuerkennt. Der Antrag unserer Fraktion, zur Vorbereitung einer inneren Neugliederung Deutschlands nach wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten eine Kommission einzusetzen, vertiefte die Abkündigung.

Der unferne Antrag innewohnende große Gedanke wurde von Ledebour entwickelt. Unser Redner nahm dabei natürlich auch Stellung zur Frage der ober-schlesischen Abstimmung und verstand es, sowohl gegen die nationalistische Forderung von rechts wie auch gegen einen zwischen — sagen wir einmal Wursthilfs-Nihilismus gewisser Stimmen von der entgegengesetzten Seite die notwendige Distanz zu halten. Er kennzeichnete den Nationalismus der ober-schlesischen Grubenherren, denen aus Grauen vor dem drohenden Sozialistengespenst in Deutschland plötzlich die patriotische Ader eingetoren ist und die aus Gram durchaus nicht sterben würden, wenn sie unter den Fittichen Polens ihre Profitgeschäfte treiben müßten. Andererseits zeigte unser Redner, wie weit unser Wunsch, das für Deutschlands Wirtschaft und deshalb auch für die deutschen Arbeiter lebenswichtige Polen im Rahmen Deutschlands zu behalten, von irgendwelchen nationalistischen Motiven entfernt ist. Schlagfertig wies Ledebour Einwände von der Rechten, der Mitte und von dem äußersten linken Wandstreifen zurück.

Von den Kommunisten mühte sich Lewi ab, einen plausiblen Grund für die ablehnende Haltung seiner Freunde zu finden. Obwohl man allem, was er gegen das Treiben der Nationalisten von Anno dazumal sagte, sachlich zustimmen mußte, machte die Rede doch nicht warm. Sie war wohl die am wenigsten glückliche, die Lewi bisher im Reichstag gehalten hat.

Die Redner der bürgerlichen Parteien fangen die rührselige Rede Ledebours, die man von dieser Seite seit Monaten gemöhnt ist und die auf Oberschlesiens Arbeiter natürlich gar keinen Eindruck machen kann.

Das Klötenpiel hatte mit der bekannten Melancholie Reichsfinanzier Fehrenbachs begonnen. Bei der Abstimmung erfolgte die Annahme des Autonomiegesetzes gegen die Stimmen der Kommunisten. Unser Antrag auf Neugliederung Deutschlands wurde von allen Parteien, einschließlich der Kommunisten, niedergestimmt.

Der Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über Oberschlesien.

Reichsfinanzier Fehrenbach: Der Tag der Abstimmung in Oberschlesien rückt heran. Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, von welcher Bedeutung diese Abstimmung für das Deutsche Reich ist, denn es ist zum Gemeinwohl des deutschen Volkes gewiss, daß Deutschland ohne Oberschlesien, ohne seine großen Kohlenfelder kaum zu leben vermag, daß es jedenfalls nicht im Stande ist, den Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, wenn Oberschlesien vom Deutschen Reich losgerissen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist bei dieser unermesslichen Wichtigkeit der Abstimmung begreiflich, daß sich die beiden interessierten Staaten, Polen und Deutschland, mit der größten Lebhaftigkeit um die Frage der Abstimmung bemühen, auf diese in ihrem Sinne einzuwirken versuchen. So weit das von Seiten der Polen mit erlaubten und anständigen Mitteln geschieht, werden wir dagegen nichts einzuwenden haben. Wenn es aber, wie feststeht, die Tatsachen sind so bekannt, mit den allerbesten Mitteln der Terrors geschieht, eines Terrors, der ausschließlich zu Korruption verdirbt (sehr richtig!) und Verwundung, der nicht vor der Heuchelei zurückbleibt, die Urheber dieser Verwundung auf eine ganz unzulässige Seite, auf unsere Seite zu lenken, dann können wir das nur im besten Interesse des Reiches und als verwerflich bezeichnen. (Beifall.)

Polen hat auch ein Autonomiegesetz erlassen für die Oberschlesier. Es ist nicht zu verwundern, daß nicht alle Teile im deutschen Volk von vornherein begeisterte Freunde dieser Autonomie waren. Besonders die Oberschlesier selbst wünschen diese Lösung der Frage. Und es ist auch noch anzuerkennen, daß der preussische Staat, der ja bekanntlich im Anfang in seiner Regierung sich ablehnend gegen alle diese Autonomiebestrebungen verhalten hat, doch im Laufe der Entwicklung zu der Ueberzeugung kam, daß diese Autonomiefrage im Sinne der Regierungsverträge gelöst werden muß. Aufgabe der Interalliierten Kommission Oberschlesiens — über ihr Verhalten in der Vergangenheit will ich mich hier eines Urteils enthalten — wird es sein, für eine

Abstimmung, frei von allen Drohungen. (Sehr richtig!) Das ist nun jetzt der erste Fall, wo die Gliederung des Reiches in einem Teile sich vollzieht. Ich wäre Ihnen dankbar und bitte Sie herzlich darum, eine allgemeine Debatte über die Neugliederung des Reiches auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, die ja an sich nahe liegt, am heutigen Tage zu vermeiden, denn die Lösung der Frage der Neugliederung bezüglich Oberschlesiens hat durchaus keinen zwingenden Zusammenhang mit der allgemeinen Lösung der Frage für das ganze Reich. (Sehr wahr.)

Abg. Rohmann (Dem.) berichtet über die Ausführenden Verhandlungen. Es ist nur ein Gesetz von wenigen Paragraphen, von wenigen Worten, und doch schließt es das Schicksal ganz Deutschlands ein.

Abg. Schulz-Bromberg (D. R.): Wir vermögen dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht zu erteilen. Redner weist dann eine längere Erklärung, die die Gründe dazu anführt, und besonders die Gefahr der Aufstellung des preussischen Staates betont.

Abg. Dr. Herich (Ztr.): Wir bitten Sie um möglichst einmütige Annahme dieser Vorlage, weil sie ein taugliches Mittel ist zur Erhaltung Oberschlesiens beim Reich. (Beifall d. Centrum.)

Abg. Dronoth (Soz.): Gegenüber den allgemeinen Interessen der Nationen müssen in dieser bedeutsamen Frage alle Parteilinien hinweggelassen werden. Wenn wir uns fragen, was die ober-schlesischen Arbeiter besser aufgehoben ist, bei Polen oder beim Deutschen Reich, so müssen wir das Letztere bejahen. Was diesem Grunde werden wir, so schwer uns der Entschluß geworden ist, für das Reich stimmen. Die Interalliierte Kommission möge endlich einmal gerecht vorgehen. Wir haben gegen Sirenen nichts einzuwenden, aber sie möge nicht nur bei Deutschen nach Waffen suchen, und nicht nur Deutsche in den Keller rufen. In den Kommunisten gewandt, lagt ihnen, die Arbeiter würden es Ihnen nicht danken, wenn Sie Oberschlesien der Weltrevolution opfern wollten.

Abg. von Kardorff (D. R.): Ohne das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland ist eine Erziehung des Spooer Abkommens unmöglich, ebenso wie eine Wiederherstellung Reichsautonoms, ja die Entente würde nicht darauf rechnen, so einen Pfennig Regenschadigung zu bekommen.

Abg. Ledebour (USP.)

Die möglichst rasche Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues durch den deutschen Reichstag wird mehr als alles andere den arbeitenden Bevölkerungsteil Oberschlesiens von großem Werte erscheinen lassen, bei Deutschland zu verbleiben. Die ober-schlesischen Kohlengrubenbesitzer freilich sind wegen der Sozialisierungsausbeuten in Deutschland plötzlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser sei, Oberschlesien laus zu Polen. Es ist dies die alte Erscheinung. Die kapitalistischen Patrioten sind nur solange „national“, solange ihr Geldbeutelinteresse dabei wohlfährt. (Lebhafte Zustimmung links, Anruhe rechts.) Die Tatsache aber, daß mit der Sozialisierung bei uns der Wunsch der ober-schlesischen Arbeiter, bei Deutschland zu verbleiben, eine große Steigerung erfahren kann, sollte Sie (nach rechts) und auch Sie, Herr v. Kardorff, veranlassen, mit derselben Begünstigung für die Sozialisierung einzutreten, als Sie für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland wirken. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Für uns allerdings sind bei der Förderung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues noch ganz andere Erwägungen maßgebend.

Während des Krieges hat die von uns vertretene Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Auslegung gefunden, daß nicht die Gesamtheit der Bewohner eines Landes, sondern die Bevölkerung von Landesanteilen bestimmen können. Eine völlige Verzerrung des ursprünglichen Begriffes.

der sowohl von der deutschen Regierung als auch von den Entente-mächten vorgenommen worden ist. Durch diese falsche Auslegung des Begriffes vom Selbstbestimmungsrecht hat Einzelteile von Deutschland losgelöst worden. — Die Abstimmungsfrage in Oberschlesien ist keine Parteifrage. Sie kann nicht vom Standpunkt des Parteilinteresses aus entschieden werden. Persönliche und wirtschaftliche Interessen des einzelnen Abstimmenden spielen hier entscheidend mit. Darum hat unsere Partei erklärt: als Partei geben wir den Abstimmenden keine Direktiven. Es ist deshalb vorgekommen, daß einzelne meiner Parteigenossen in der ober-schlesischen Frage zu entschieden haben, wie ich es nicht als richtig befunden habe.

Wir wünschen die fernere Zugehörigkeit Oberschlesiens, weil die Abtrennung dieses Landes vom deutschen Wirtschaftsgebiet die deutsche Bevölkerung aufs schwerste schädigen würde. Die Zerrüttung der Wirtschaft muß nicht nur die Kapitalisten, sondern vor allem auch die deutschen Arbeiter aufs schwerste schädigen.

Die Abtrennung Oberschlesiens würde auch die Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich machen.

Wir brauchen die Hebung der Produktion, wenn wir aus dem Elend herauskommen sollen. Deshalb haben wir ein Interesse daran, darauf hinzuwirken, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt. Die Bevölkerung Oberschlesiens selbst würde weit besser fahren, wenn sie bei Deutschland verbliebe. Polen ist ein erst jetzt nördlich zusammengewürfelter Staat, der — agrarisch orientiert — Grundbesitzerinteressen dient. Ein solcher Staat kann für die Arbeiterinteressen nicht einmal das leisten, was selbst der nach unserer Ueberzeugung ungenügend vorgehende deutsche Staat bisher geleistet hat. Das Bestreben, international das Interesse der Gesamtbevölkerung zu vertreten, kann uns nicht hindern, dabei auch für die Interessen der Arbeiter unseres eigenen Landes zu wirken. Aus diesem Grunde lassen wir unsere Haltung in der ober-schlesischen Frage nicht als nationalistisch bezeichnen. (Abg. Schulz-Bromberg: Davon reden wir doch nicht!) Herr Abg. Schulz: Sie scheinen etwas schwer von Begriff zu sein. (Heiterkeit links.) Aber Sie werden es mir doch nicht verdenken, daß ich die Motive feststelle, die uns zu unserer Haltung bewegen.

Wir haben einen Antrag eingebracht, einen Ausschuss von 28 Mitgliedern zur Vorbereitung einer staatlichen Neugliederung Deutschlands nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bilden. Es ist zu bedauern, daß diese Neugliederung nicht schon vor zwei Jahren erfolgt ist. Sie war nach der Resolution nötig. Der Regierung ist der Vorwurf zu machen, daß sie diese rationelle Neugliederung nicht vorgenommen hat. Die Neugliederung wird nun umso mehr nötig, je mehr wirtschaftliche Neuaufgaben an das Reich herangetragen. Die gegenwärtige Gliederung ist für positive wirtschaftliche Zwecke und der Entwicklung unbrauchbar. Der Einwand, die gegenwärtigen Grenzen müßten erhalten bleiben, weil sie die Stammesgrenzen sind, ist belanglos, weil diese Grenzen tatsächlich fast nirgends mehr mit den Stammesgrenzen zusammenfallen. (Widerspruch bei der bayerischen Volkspartei.) Damit, daß Sie Franken, Schwaben, die Rheinpfalz, Blauweiß angezogen haben (Zuruf: weiß-blau!), haben Sie diese Volksteile noch nicht in die bayerische Stammesgrenze eingeleitet! (Sehr richtig! links und Heiterkeit.) Wenn man sich bemüht, Deutschland nach politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten zu gliedern, können etwa 18 Gebiete heraus, deren Abgrenzung ungefähr wieder mit ihren ursprünglichen Stammesgrenzen zusammenfällt. Rheinpreußen, Schlesien und Westfalen haben mit Preußen so wenig zu tun, wie etwa andere deutsche Länder. Es gibt keine Stammes-Sonderinteressen, es gibt nichts, was es rechtfertigen könnte, daß der preussische Bureaucratismus weiterhin in Deutschland registriert soll.

Wir sollen den Gesetzentwurf über Oberschlesien zum Anlaß nehmen, die Vorbereitung einer allgemeinen Neugliederung Deutschlands zu erwirken. Die bereits bestehende Kommission ist auf Grund ihrer Entstehung und Zusammensetzung ungeeignet zu dieser Neuregelung. Deshalb stellen wir unseren Antrag. Die zweiwöchigen Geschäfte, die mir da vorgeordnet werden (Heiterkeit!), werden mich in der Zukunft, daß unser Antrag Zustimmung finden werde, nicht betreffen. Es muß gerade in unserer kurzlebigen, ändernden, so möchte fast sagen: „immer noch“ rezessiven Zeit mit immer neuen Aufgaben großzügig und schnell vorgegangen werden. Sie erfüllen damit nicht nur ein berechtigtes Verlangen Oberschlesiens, sondern der deutschen Bevölkerung, und vor allem der deutschen Arbeiterkassen. (Stande bei den U. Soz.)

Abg. von Kardorff (D. R.): Hinter dem Gesetz steht das ganze Programm der Erhaltung oder des Zerfalls des Reiches. Darüber kommt man nicht mit einer Phrase hinweg. Die ganzen Schäden des alten Systems stehen heute auf und sind das größte Hemmnis für eine Deutschland gültige Abstimmung. (Zuruf rechts: Warum erinnern Sie heute daran!) Sie (zur Rechten) haben jahrelang gebraucht, durch Schmeißen ein ganzes Volk belügen zu können, die Zeit ist darüber. (Sehr richtig!) Die Waffen der Lügen von Höfungs Gnaden werden am Abstimmungsstunde ebenfalls umgeben. (Anruhe rechts und bei den Soz.) Es ist für die ober-schlesischen Arbeiter ziemlich gleichgültig, ob sie unter die Faust der deutschen oder der polnischen Bourgeoisie kommen. (Lebhafte Anruhe.) Wenn etwas Entscheidend werden kann, dann ist es die Anziehungskraft des kulturellen und wirtschaftlich höher stehenden Landes. Dazu bedarf es aber neuer Kräfte und diese Kräfte sind einzig und allein in der proletarischen Revolution gegeben. (Zuruf rechts: Natürlich.)

Abg. Graf Bernstorff (Hannoveraner): Auch wir sind mit dem Gesetz einverstanden, das zum Wiederaufbau Deutschlands beitragen wird.

Das Gesetz wird in der zweiten und in der sofort daran anschließenden dritten Lesung gegen die Stimmen der äußersten Rechten und äußersten Linken angenommen. — Der Antrag auf Einsetzung einer ständigen Kommission zur Neugliederung Deutschlands wird abgelehnt.

Freitag 1. Mrz. Anträge: Interpellation über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Interpellation über die Gestaltungsverhältnisse, kleinere Vorlagen; Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Straffreiheit.

Erregte Sitzung der Preussischen Landesversammlung

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung kam es zu heftigen Unterbrechungen, die durch die herausfordernden Angriffe des deutschsozialistischen Redners Dr. Stendel gegen die Preussische Regierung und deren Beamten hervorgerufen wurden. Herr Stendel schloß seine Rede besonders nach dem Innenminister Seppeling, der durch seine bekannten Ordele-Erlasse den Rechtsparteien äußerst unangenehm ist. Auch den Rechtssozialisten Heilmann griff er an und rief zum Schluß die preussische Justiz.

Der neukommunistische Abgeordnete Kilian erhält einen Ordnungsruf, weil er den deutschnationalen Abgeordneten Rippe, der ihn als Urheber der schändlichen Vorgänge in Halle bezeichnet hatte, mit „Verleumdung“ regalierte. Das hindert den deutschnationalen nicht, seinen Vorwurf anrechtzuhalten.

Der Justizetat wird angenommen. Ebenso ein sozialdemokratischer Antrag über die Fortführung des Verfahrens wegen der Exzesse in der Osnabrücker Verammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Ein deutschnationaler Antrag über die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zur Neuordnung des Strafvollzuges und des Anstaltswesens, wird dem Reichsausschuß mit einem sozialdemokratischen Zusatzantrag überlassen, der verlangt, daß die Organisation der Strafanstaltsbeamtenhaft zu der für diesen Zweck einzusetzenden Kommission hinzugezogen wird.

Der Antrag Heilmann (Soz.) auf Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und zu den juristischen Prüfungen wird gegen die Rechte angenommen. Ebenso unter lebhaftem Beifall des Linken gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums der zweite Teil dieses Antrages, der die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß den Frauen die Möglichkeit eröffnet wird, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte zu werden. Der Antrag Heilmann auf Ablösung der Familienbeihilfe usw. wird mit Rücksicht auf eine bevorstehende Beratung des Justizministers zurückgezogen. Ein demokratischer Antrag auf Zulassung des Lehrers zu Geschworenen und Schöffen und entsprechender Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wird einstimmig angenommen.

Bei der Beratung eines Antrages der Rechtssozialisten und der Demokraten, nach dem das geltende Landwirtschaftsammengesetz in seinen Bestimmungen über das Wahlrecht derart geändert werden soll, daß die Grundbesitzer des Reichstagswahlrechts auch für die Wahlen für die Landwirtschaftsammengesetz gelten, richtet der deutschnationalen Abgeordnete Seemann heftige Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister Braun. Der Antrag wird dem verstärkten Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

Es folgt dann der Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt. Der rechtssozialistische Abgeordnete Osswald beschäftigt sich ausführlich mit dem Mutter- und Kinderschutz und beantragt zur Unterstützung der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege in wenig leistungsfähigen Kommunalverbänden die Gesamtsumme von einer Million Mark auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Nach Ablehnung eines Verlangens des Antrages spricht noch der deutschnationalen Abgeordnete Dallmer, der Wohlfahrtspflege „mit christlichem Geiste“ haben will. Als ob es nicht vor allen Dingen darauf ankomme, daß auf diesem wichtigsten Gebiet überhaupt etwas geschieht.

Eingegangen ist folgender sozialdemokratischer Antrag: Die verfassunggebende preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung aufzufordern, auf den Erlass eines Reichsgesetzes hinzuwirken, durch das ohne Entschädigung das Vermögen der Hohenzollern der Republik Preußen übereignet wird. Ueber die Gewährung einer angemessenen Unterhaltungsrente an Mitglieder des Hauses Hohenzollern soll durch besonderes preussisches Gesetz bestimmt werden. — Wie der Präsident mittelst, wird die Schlussbestimmung über die Preussische Verfassung eine namentliche sein.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 11. Mrz. Dritte Beratung der Verfassung.

Die Kosten der amerikanischen Besatzung. Nach dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs betragen die bisherigen Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland 267 Millionen Dollar. Davon hat Deutschland nach dem gleichen Bericht bis jetzt erst 32 1/2 Millionen Mark bezahlt.

Boralarberg verlangt das Selbstbestimmungsrecht. Eine Delegation von Boralarbergern ist in Genf eingetroffen, um dem Völkerverbund eine Denkschrift zu überreichen, in welcher für Boralarberg das Selbstbestimmungsrecht in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht verlangt wird.

Gewerkschaftliches

Der Reichsarbeitsminister gegen die Betriebsräte

Die auf Privatvertrag in den Versorgungsanstalten beschäftigten Personen sind zum 1. 1. 21 gekündigt worden. Die Kündigung ist in sämtlichen Lazaretten Groß-Berlins und des Reiches vorgenommen worden. Das gesamte in den Lazaretten beschäftigte Personal ist sich wohl bewußt, daß ein Abbau, bzw. eine Entlassung vorgenommen werden muß; es verlangt aber, daß ihre gewählten Betriebsräte dazu herangezogen und nicht, wie es hier der Fall ist, vergewaltigt und sogar mißhandelt werden. Das gesamte Lazarettpersonal in den Lazaretten Groß-Berlins steht auf dem Boden des Betriebsrätegesetzes, nach welchem es auch wählen mußte, und verlangt, daß die Betriebsräte bei der Kündigung mitzuwirken haben.

Da es sich um eine Massenentlassung handelt, die erst recht im Einvernehmen mit den Betriebsräten erfolgen mußte, und das Reichsarbeitsministerium diese nicht anerkennt, sich vielmehr auf den Boden stellt, daß das Betriebsrätegesetz nicht angewandt zu werden braucht, ist dies eine glatte Rechtsverletzung. Gegen diese Sabotage haben sämtliche Vertragsgesellschaften, Schwestern, Pfleger und Wärter in der Versammlung am 13. 11. 20, im Berliner Gewerkschaftshaus, Rixdörfer Str. 16, Stellung genommen, in der sie einer Protestresolution zustimmten.

Am 15. und 16. 11. 20 begab sich eine Kommission aus Betriebsräten einzelner Lazarette und Delegierten der Lazarette in München, Dresden und Frankfurt a. M. in das Reichsarbeitsministerium zu dem betretenden Referenten, Reg. Ministerialrat Dr. Ritter, um die Jurisdiktion der Verfügung zu erwirken und gegen die Sabotage des Betriebsrätegesetzes Stellung zu nehmen. Herr Dr. Ritter erklärte, trotzdem er auf die Geheiligtheit hingewiesen wurde, daß die Betriebsräte auszuscheiden sind, die Kündigungen dieselben bestehen und würden nicht zurückgenommen werden.

Es ist nicht hoch geradezu jeder Reichsleiter, daß gerade das Reichsarbeitsministerium, welches an dem Betriebsrätegesetz mitgewirkt hat, dieses über den Haufen wirft.

Verband der Mäler, Lackierer, Anstreicher. Allen Vertrauensleuten, Funktionären und in Arbeit stehenden Kollegen zur Kenntnis, daß von unserer Organisation Sammelkassen zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen und deren Kinder zu Weihnachten herausgegeben sind. Wir erlauben die in Arbeit stehenden Kollegen, sich jetzt rege an der Sammlung zu beteiligen. Sammelkassen sind im Bureau in Empfang zu nehmen.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beeiligt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukiroi 100000fach bewährt
Preis M. 3,- in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorchir. Fachmann Kukiroi steht einzig da.

Groß-Berlin

An die Bevölkerung Berlins!

Ein großer Teil der unterernährten Berliner Kinder tritt durch den Erholungsurlaub auf dem Lande, und durch die Ferienspiele auf Auen- und Innenpflanzungen, gekräftigt in den Winter ein.

Um die Gesundheit dieser Kinder auch während des Winters zu erhalten, und ihre Frische und Lebenskraft zu steigern, richtet das Jugendpflegeamt auf allen geeigneten Spielplätzen Berlins Eislaufbahnen ein; dort wird auch den Unbemittelten der Eislauf ermöglicht.

Die Berliner Bevölkerung wird herzlich gebeten, entbehrliche Schlüsseluhe unentgeltlich den unbemittelten Kindern zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe kann beim Direktor oder Rektor der nächstgelegenen höheren Gemeinde- oder Hiltsschule oder im Jugendpflegeamt, Neue Friedrichstraße 80, 3 Treppen, Zimmer 48, gegen Empfangsbekundigung erfolgen.

„Rein Wirtschaftskapital ist so wertvoll, als die Volksgesundheit und Volkskraft.“

Aus den Bezirksversammlungen

Im vierten Verwaltungsbezirk (Frenslauer Tor) machten die Bürgerlichen den schärfsten Versuch einer Blockbildung, wobei aber die Demokraten — anscheinend von prinzipiellen Bedenken gequält — nicht recht mitmachten. Der Posten des Bezirksverordneten-Vorsitzers wurde uns, als der auch nach dem Ausscheiden der Kommunisten, die sich im vierten Verwaltungsbezirk verständigere als solche bezeichneten, immer noch härtesten Partei zugesprochen. Als Vorsteher wurde der Genosse Böker gewählt. Stellvertreter Vorsteher wurde der Rechtssozialist Kemnitz, Schriftführer ein Kommunist, stellvertretender Schriftführer ein Vertreter der härtesten bürgerlichen Partei, was bei den Blockführern ein erleichtertes Aufatmen bewirkte. Die Versammlung wählte dann noch zwei Fünfzähler-Kommissionen, eine zur Vorbereitung einer Geschäftsordnung und Beschaffung von Räumen für das Bezirksamt, die zweite zur Vorbereitung der Wahl der Bezirksverwaltung.

Im 14. Verwaltungsbezirk (Neukölln) hielt der Kommissar des Magistrats Berlin, Stadtm. Boeckh (Soz.), eine längere Rede, in der er die jetzige üble Finanzlage der früheren Regierung in die Schuhe schob, erst durch die Revolution sei ein Umsturz zum Besseren eingetreten. Zum Vorsteher wurde der Satirer Gottschalk (U.S.P.D.), zum Stellvertreter der Buchhändler Kunze (Soz.) gewählt und zu Beisitzern der Arbeiter Wolter (Neut.) und der Stadtm. Trefnand (Bürgerl.) gegen den Bez. Vorst. Fischer (U.S.P.D.). Zum Schriftführer wurde ein Beamter des Magistrats, Stadtschreiber Günther, ernannt.

Die Spandauer Bezirksversammlung trat am Mittwoch zusammen. Als Geschäftsordnung wurde die der alten Stadtverordnetenversammlung zunächst beibehalten, bis auf eine kleine Änderung betriebs der Stärke der Ausschüsse, deren Mitgliederzahl auf neun festgesetzt wurde. In den Vorstand der Versammlung wurden durch Jurot gewählt, als Vorsteher Bezirksverordneter Kottmann (S.P.D.), als Stellvertreter Vorsteher Bezirksverordneter Hugo Walter (Dnalt.), als Schriftführer Bezirksverordneter Dann (Neut.), als zweiter Schriftführer Bezirksverordneter Scher (D. Sp.) und Beisitzer Bezirksverordnete Frau Schmittler (U.S.P.D.). Nunmehr schritt man zur Wahl einer elfgliedrigen Kommission, welche sich mit der Wahl des Bezirksamtes zu beschäftigen hat. Um in dieser Kommission alle Fraktionen vertreten zu lassen, ist für diesen Ausnahmefall die Kommission auf 11 Mitglieder festgesetzt.

Der 12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Südenbe, Lankwitz, Lichterfelde) trat am Montag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Stadtrat Wege als Vertreter des kommissarischen Magistrats gab einen kurzen Rückblick auf das neu geschaffene Groß-Berlin. Aus

leinen Worten konnte man das — Schöne und Gute vergangener Zeiten entnehmen. Wenn trotzdem auch das Bürgerium in diesem Verwaltungsbezirk die Majorität hat, so ist es doch durch die Umgestaltung Groß-Berlins, wenn sich die sozialistische Arbeiterkraft ihrer Kraft und Stärke bewußt bleibt, mit dem Hochmutdünkel und Selbstbewußtsein dieser bürgerlichen Gesellschaft in Sicht vorbei; hier konnte man oft feststellen: Reaktionäre vom Scheitel bis zur Sohle. Zum Vorsitzenden der Bezirksversammlungen wurde gewählt: Schwarz (Dnalt. Sp.) und Viehr (U.S.P.D.) zum Stellvertreter; in den Wahlausschuss unserer Seite: Litzerman und Kraich; in den Geschäftsordnungsausschuss: Liehr und Osburg. Wie verlautet, soll zum ersten Bürgermeister Marckst (Lichtenberg) für diesen Verwaltungsbezirk in Aussicht genommen sein. Die Bezirksversammlung setzt sich zusammen aus 23 Bürgerlichen, 7 U.S.P.D., 5 S.P.D. und 2 Neukommunisten.

Schloß Niederschönhausen als Volkshaus

Das bekannte, geschichtlich und künstlerisch bedeutungsvolle Schloß Niederschönhausen soll einem neuen Zweck nutzbar gemacht werden. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist bereit, das Schloß der neuen Stadtgemeinde Berlin, und insbesondere dem 19. Verwaltungsbezirk Paulow-Niederschönhausen, unter gewissen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Für Wohn- und Bureauzwecke kommen die Räumlichkeiten des Schloßes, das wegen seiner Bauartigkeit noch in allererster Zeit einer erheblichen Ausbesserung unterzogen worden ist, nicht in Betracht. Eine Kommission des Unterrichtsministeriums hat in Verbindung mit dem amtlichen Volkshausauschuss des 19. Bezirks das Schloß Niederschönhausen, dessen reizvolle Lage im alten Schloßpark bekannt ist, beichtigt. Nach dem Ergebnis dieser Beichtigung ist zu erwarten, daß die Innenräume des Schloßes zur Aufnahme einer Volkshausbücherei und Lesehalle, zur Veranstaltung von Kunstausstellungen und anderen Volkshauszwecken benutzt werden können. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

Viehjählung. Nach den Bundesratsverordnungen vom 30. Januar 1917 und 8. Mai 1918 und den Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministers vom 13. Oktober 1919 und 14. Januar 1920 sowie dem § 2 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 findet am 1. Dezember d. J. eine Viehjählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, Schafe, Schweine, Flegeln, Kaninchen und Ferkel (Gänse, Enten, Hühner, Trut- und Perlhühner). Die Durchführung der Jählung liegt in Berlin dem Magistrat und dem Polizei-Präsidium ob. Die Jählung selbst erfolgt durch Beamte der Schuhmannschaft. Falls ein Jähler nicht erscheinen sollte, ist mündliche Anzeige des Viehhalters in der Zweigstelle des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Poststr. 5, 2 Treppen, bis zum 4. Dezember zu erstaten. Die Ergebnisse der Viehjählung dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, jedoch nicht zu Steuerzwecken benutzt werden, sie dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben. Ueber die dem Viehhalter des einzelnen betreffenden Nachrichten wird das Amtsgeheimnis gewahrt. Die Benutzung der Jählungsergebnisse für die Ausbringung der Viehversicherungsbeiträge und für Maßnahmen der öffentlichen Bewirtschaftung ist zulässig. Wer vorzüglich eine Anzeige nicht erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für „dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Steuerpflichtige, welche ein Bank-, Sparkassen- oder Postkontos besitzen, hatten bisher die Möglichkeit, ihre Steuern auf dem sehr bequemen Wege der Abschreibung von ihrem Konto zu entrichten, indem sie an ihre zuständige Steuerkasse einmündig den Antrag richteten, ihre Steuern von der Bank usw. einzuziehen, und ihrer Bank usw. den laufenden Auftrag zur Einlösung der Steuerquittungen erteilten. Hinsichtlich der Reichseinkommensteuer kann

dieses Verfahren nicht ohne weiteres fortgesetzt werden, weil möglicherweise, was die Steuerkasse nicht wissen kann, der einzelne Steuerpflichtige dem Steuerabzuge unterliegende Vergütungen bezieht, also Doppelzahlungen eintreten können. Um Beschwerden zu vermeiden, können die Steuerläsen das Einziehungsverfahren, das sich vorzüglich bewährt hat, bezüglich der Reichseinkommensteuer nur für solche Steuerpflichtigen beibehalten, die ihrer zuständigen Steuerkasse erklären, daß sie die Einziehung ihrer Steuern einschließlich der Reichseinkommensteuer von ihrer Bank usw. nach wie vor wünschen. Es ist zu empfehlen, diesen Antrag sofort zu stellen.

Volkshausbildung Neukölln. Am Sonntag, abends 7 Uhr, in der Aula der hiesigen Realschule, Bodinstr. 34-38, Arien-Abend unter Mitwirkung des Opernjängers Paul Janien vom Deutschen Opernhaus. Eintrittskarten zum Preise von 2 M. sind bei den durch Säulenanzahl bekanntgegebenen Verkaufsstellen und im Bureau des Volkshausbildungsamtes, Zimmer 218 des Rathauses Neukölln, erhältlich.

Veranstaltungen für die schulpflichtige Jugend in Neukölln. Vorstellungen des Dresdener Künstler-Mariettentheaters finden täglich in der Aula des 1. Lyzeums, Berliner Str. 10, statt. Der Kartenverkauf erfolgt nur durch die Schulen.

„Sozialisierung“ heißt das Thema des Vortrages, den der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Herz in der vom 9. Distrikt zu heute Abend einberufenen Versammlung halten wird. Die Versammlung findet am 7 Uhr im Anzeiger, Greifswalder Str. 20, statt. Freiheitsfeier sind dazu eingeladen.

In der Schulanla Printenstr. 31 spricht heute abend 7 Uhr der Reichstagsabgeordnete Genosse Kohle über Sozialisierung. Eintritt nur gegen Mitgliedsausweis. Die Genossen des 5. Distrikts müssen vollständig erscheinen.

Ein 70-Jähriger. Der Genosse August Adamshiel begeht heute seinen 70. Geburtstag. Ein ganzes Menschenalter hat er in Treue und Selbstlosigkeit für unsere Partei gearbeitet. Wir wünschen, daß es ihm vergönnt sei, noch recht lange an der Seite seiner ebenso treuen und tapferen Frau für unsere Ideen zu wirken.

5. Verwaltungsbezirk (Friedrichshain), Sonnabend, 7 Uhr, bei Frau, Rüdigerstr. 18, Fraktionsführung der Stadt- und Bezirksverordneten sowie der Vorsitzenden der kommunalen Kommissionen.

Verwaltungsbezirk 15. Die Fraktion der U.S.P.D. trifft sich heute nachmittags 4 Uhr, also vor der öffentlichen Sitzung im Rathaus in Treptow, Zimmer 13, part. links zu einer kurzen Vorbesprechung.

Aus den Organisationen

- 7. Distrikt, Montag, 7 Uhr, Elternversammlung der 18. Grundschule, Kappeler Str. 44, Vorstr. 10, Berlin.
- 7. Distrikt, heute abend 7 Uhr, Arbeit in den Comeniusfilien, Wilmers Str. 67, eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Sozialisierung, 2. Arbeit in der Filie.
- 8. Distrikt, 4. Abteilung, Sonntag, 10 Uhr, Mitglieder der kommunalen Kommissionen, heute Freitag abend, 10 Uhr, bei Wilmers, wichtige Sitzung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.
- 8. Distrikt, Montag, den 29. November, abends 7 Uhr, Greifswalder Straße 65, Erdbodenkeller bei Kappeler, Trauenerabend mit Vortrag der Genossen.
- Neukölln, heute abend 8 1/2 Uhr, Familienversammlung bei Schöngel, Eber Str. 8.

Bereinskalender

Transportarbeiter-Verband, Section 1, Vertrauensleute aus den Bezirken des Mitte, Köpenick und Westend am Sonntag, Freitag, abends 10 Uhr, bei Wilmers, Poststr. 2, wichtiger Vertrauensleute-Vortrag.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin, Gemeinnützige Sitzung des Zentralverbandes am Sonntag, 10. November, abends 7 Uhr, abends in der Schule hinter der Corneliusschule 2.

Reichsverband der Arbeiter, U.S.P.D. (Klempner-Verband), heute, abends 7 Uhr, im Reichstagsgebäude, Obergeschoss, Zimmer 150, Sitzung.

Verantwortlich für die Redaktionen: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsbetrieb: E. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Reichsdruckerei, Berlin. —



Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Boxcalfstiefel Herren 159.— Damen

Soeben erschienen!

G. SINOWJEW

Die Weltlage

und die III. Kommunistische Internationale

(Rede auf dem Parteitag der U.S.P.D. in Halle am 14. Oktober 1920)

68 Seiten Preis 1.50 Mark

Zu beziehen durch die
Arbeiterbuchhandlung, Berlin, Annenstr. 1

TRAURINGE Sturm
Fuhlen 100 gestemp., Stk. Nr. 120 an
14 Karat 385 „ „ „ 70 „ „
„ „ 333 „ „ „ 40 „ „

Amalgam, Gold, Silberringe für Hochzeit, Feinsilber, Ankauf von Gold, Silber, Brillanten zu höchsten Preisen.
H. BOCK, BERLIN O., Androssstraße 44,
Alte Poststr. 10, Berlin, Tel. 2285 West-End.

Metalle
Quecksilber
Zinn
Weißlager

Metall-Osten
Ordnung Weg 60
zahlige Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink usw.

Alle Pistolen aller Art
Mauser, Gal. 7,63, Walther, Trautz, Sprengung etc., kauft und tauscht

Walter Dieke
Waffen- u. Munitionshändler,
Berlin, Kommandantenstraße 26.

Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft

Kupfer, Messing, Blei, Zink.

Kupfer, Messing, Zinn, sämtliche Altmetalle
zahlige Tagespreise
Neue Hornstr. 38,
Händler Extrapreise.

Golknovstr. 5
zahlige Tagespreise für
sämtl. Altmetalle
Schmelzpreise

ROTGUSS
Späne, Metallabfälle, Messing in Verlagspreisen.
Audwig, Vinklerstr. 19,
Alexander 177.

Blumenstr. 58
zahlige Tagespreise für
sämtl. Altmetalle
Schmelzpreise

Platin pro Gr. 137.—
Gold pro Gr. 37.—
Silber pro Gr. 1.—

Für Grammophonplatten / Wachswalzen / Glühstrumpfsacke / sowie alle anderen Metalle / stets höchste Preise

METALLKONTOR W. JOHNS
Berlin SW 66, Alte Jakobstr. 133 (Holl-Tor)
Geöffnet 9-5 Uhr

Wer will verkaufen
die Ihr
Gold-Silber-Platin
Gebisse
Zähne
nur bei
J. Herz
Fehrbellinerstr. 52
Nähe Trauenstraße
Symbol 439

Dynamodraht
in Baumwoll-, Seide- und Emaille-Isolierung jeden Posten
Elektrobüro, Grüner Weg 100

Bombenpreise
für sämtliche
Altmetalle
Zinn, Weisslager
Quecksilber
erzielen Sie stets
Neukölln
Steinmehrfstraße 18
Kirchhofstraße 32
Berlin, Schönholzerstraße 14

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zinngebisse
Platin, Gold, Silber
wilt über Tagespreise
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

3

Romane für das arbeitende Volk

Der Krötenteich
Eine bürgerliche Liebesgeschichte
Von Conrad Poole
Gebunden 8.— M.

Züßlinger und seine Zucht
mit Illustrationen
Von Conrad Poole
brochüriert 7.— M.

Der Weg zum Haß
Eine Geschichte von der Not
Von Conrad Poole
Gebunden 11.— M.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Für die schulentlassene Jugend

Ins Leben hinein

Für die Jugend zusammengestellt von
Herausgeber
Gy. Engelbert Graf
Gebunden 8.— M. Gate Resstadt

Organisationen wollen sich des Bezuges wegen direkt wenden an die
Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H.,
Abteilung Buchhandel u. Berlin C 2, Breite Str. 8-9